

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 6

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

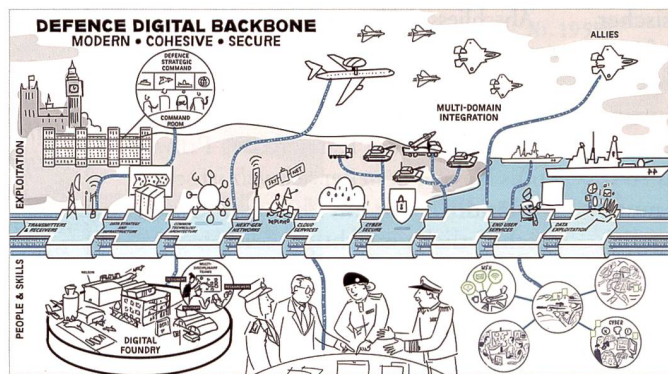
Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vereinigtes Königreich

Streitkräfte erneuern

Die Streitkräfte des vereinigten Königreichs sollen sich erneuern. Mit dem «Defence Command Paper» wurden im Frühjahr die Eckpunkte der Neuausrichtung definiert. Dieses Strategiepapier wurde anlässlich der «Integrated Review» verfasst, die auf etwas über hundert Seiten die Zukunft der britischen Aussen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik umschreibt. Man spricht von der radikalsten und umfassendsten Überprüfung zu Sinn und Zweck der britischen Streitkräfte seit Ende des Kalten Krieges. Konkret geht es darum, das Militär länger und öfters auch im Ausland einzusetzen, modernste Ausrüstung zu kaufen, der Navy neuste Schiffe inklusive Aufklärungstechnologie zu beschaffen und bis 2025 mindestens 48 F-35 Kampffjets für die Royal Air Force zu erhalten. «Die British Army wird nur noch etwas über 100 000



Multidomäne Digitalisierungsziele.

Bild: gov.uk

Soldaten benötigen, Reserve inklusive», kommentierte Boris Johnson und stellte klar, wo er diese Stellen abbaut. Es soll keine Redundanzen beim Personal mehr geben und 10 000 Dienstposten werden beim Heer gestrichen. Nicht gespart werden soll bei der Digitalisierung. «Die britische Armee wird digitalisiert werden, was auch immer passiert», führt Brigadier Stefan Crossfield aus, amtierender Chief Data Officer (CDO) und Chef für die digitale Transformation der Streitkräfte. Er will mit Hilfe

von Big Data und elektronischen Operationen «den Gegner besser verstehen». Denn genau in der Cyber-Domäne spielen sich derzeit die gravierendsten Störmanöver ab, die allein darauf ausgerichtet sind, «alles zu untergraben, was uns lieb und teuer ist», so Crossfield. Dafür liess er das Projekt THEIA lancieren. Es beabsichtigt, die operative sowie die verwaltungstechnische Entscheidungsfindung zu verbessern. Konflikte werden dabei zu «strategischen Wettbewerben» und sollen schnell,

schlank und effizient gewonnen werden. Quer durch die gesamte Hierarchie vom Hauptquartier bis hinunter zur taktischen Stufe. Auch vernetzt und interoperabel mit Partnern und Verbündeten. Und vor allem blitzschnell: innert einem Zeithorizont von wenigen Monaten und nicht wie bis anhin erst in Jahren. Crossfield weiss, dass potenzielle Gegner (und meint China oder Russland) in der Cyber-Domäne ihre Fähigkeiten und ihr Wissen je länger je öfters einsetzen. Um dem entgegenzuwirken, soll eine domänenübergreifende, Partner und Verbündete integrierende Cloud geschaffen werden, in welcher sämtliche Informationen zu Führung, Aufklärung, Sensoren und Effektoren stets verfügbar sind. Das sei dann alles ein wirklicher Gamechanger, so der CDO. Denn wenn «ein staatlicher Akteur erst einmal seine Cyber-Maschinerie ins Spiel bringt, wird es wirklich, wirklich gefährlich.»

Russland

Nukleare Aussichten

Russland setzt weiterhin auf seine nukleare Triade. Die dafür seit 2018 unternommenen Anstrengungen tragen jetzt ihre Früchte. Demnächst werden die Zirkon Hyperschall-Marschflugkörper operationell und das erste Sarmat Interkontinentalraketenregiment wird wie geplant Ende nächsten Jahres in Dienst gestellt. Die Raketen des Typs SS-N-33 Zirkon sind schiffsgestützt, erreichen Mach 8 und eine Höhe von bis zu 28 Kilometern. Die RS-28 Sarmat legt mit Mach 20,7 maximal 18 000 Kilometer zurück und führt laut russischen Angaben bis zu 15 Nuklearsprengkörper mit einem Totalgewicht von etwa 10 Tonnen mit. Verteidigungsminis-

ter Shoigu erläuterte anlässlich einer Vorstandssitzung seines Ministeriums am 20. April, dass das Zirkon System bis Ende Jahr fertig erprobt

und danach in Alarmbereitschaft versetzt wird. Präsident Putin doppelte am darauffolgenden Tag, anlässlich seiner jährlichen Rede zur Lage der

Nation, vor der Föderalen Versammlung nach: «Unser Awangard Hyperschall-Stratosphärenleiter und unser Peresvet Laserluftabwehrsystem stehen



Putins Lage der Nation.

Bild: Krem

nun im Dienst, unsere Kinzhall Hyperschall-Luft-Boden-Raketen sowie unsere mit Kalibr Lenkwaffen ausgerüsteten Schiffe werden immer mehr und die Arbeiten am grössten je gebauten Poseidon Atomtorpedo sowie den nuklearbetriebenen Burevestnik Marschflugkörpern mit über 25 000

Kilometer Reichweite intensivieren sich.» In zwei Jahren, so der Präsident, werden dreiviertel der russischen Nuklearwaffen solche der neuen Typen sein. Ob von Schiffen, aus der Luft oder aus Raketensilos abgefeuert: In den USA beurteilt man die russische Triade als äusserst besorgniserregend.

Rächt sich nun doch der Nuklear-Sparkurs, den Washington seit 2010 eingeschlagen hat, doppelt? Nachrüsten kostet und Russland behält die Oberhand am Verhandlungstisch. Denn Putin behauptet wohl zu Recht, dass er über eines der schlagkräftigsten Arsenale verfügt und er deshalb

nur allzu gerne gedenkt, das weltweite strategische Gleichgewicht lieber durch Atomgespräche als mit Waffen herbeizuführen und meint, dass «ein Umfeld konfliktfreier Koexistenz auf Grundlage einer Sicherheitsgleichung in Zukunft nicht mittels Aufrüsten geschaffen werden kann».

Iran

Zukunft im Drohnenkrieg?

Ferngesteuerte und autonome Systeme sind billiger, leistungsfähiger und bringen Fähigkeiten mit sich, die ein althergebrachtes strategisches Gleichgewicht schnell einmal durcheinanderbringen können. Wurden Drohnen klassisch bislang zur Aufklärung oder – falls bewaffnet – zum Angriff auf Ziele verwendet, verlässt sich die islamische Republik seit längerem auf den Gebrauch von unbemannten Flugzeugen als eigenständige «fire and forget» Waffen. Beinahe täglich geben beispielsweise die vom Iran unterstützten Huthi Rebellen im Jemen bekannt, Drohnenangriffe auf saudi-arabische Ziele zu fliegen. Aufgrund dieser Tatsachen musste US-General Kenneth F. McKenzie Jr., Commander des Central Commands, unterdessen zugeben, dass die Schlagkraft seiner Truppen, aber vor allem die



Iranisches Mass Flight System.

Bild: Mehr News Agency

US-Luftüberlegenheit im Nahen Osten unter der Drohnenbedrohung aus dem Iran leidet. In Teheran nutzt man die Gunst der Stunde und präsentiert die neusten Errungenschaften, wie anlässlich einer grossen Militärparade im April. Laut dem iranischen Heer gibt es sieben neue bahnbrechende Weiterentwicklungen, die das Land in Eigenregie herstellte. Von Kamikaze-Drohnen im Stil von Loitering-Munition, zu drohnenunterstützten

Boden-Luftabwehr- und elektronischen Kriegsführungssystemen bis hin zu Schwarmdrohnen im Zehnerpack, die mittels Massenflugsteuerung (Mass Flight) ins Ziel gebracht werden können. Die USA sind zu Recht beunruhigt, gelang es doch im Frühjahr den Revolutionsgarden zum ersten Mal, so das staatlich-iranische Fernsehen, «auffallend präzise und nahe Aufnahmen eines amerikanischen Flugzeugträgers herzustellen.» Klar ist, dass

das Mullah-Regime unterdessen ohne Probleme 2000 Kilometer und mehr mit seinen Drohnen zurücklegen kann. Offenbar wurde nun aber die Zukunft eingeläutet: Das international beachtete Mass Flight System ist nämlich ein mittels künstlicher Intelligenz gesteuertes vernetztes Flugpaket, das eine so genannte «Leader»-Drohne mit ihren neun «Followern» verbindet, um so gemeinsam ihre Aktionen zu koordinieren. Der Iran behauptet sogar, dass dieses System über Luft-Luft-Raketen verfügt, was dessen Kampfkraft nochmals steigern dürfte. Saudi-Arabien und seine Nachbarn rüsten deshalb mit neuester, auch laserunterstützter Drohnenabwehr auf. Der technologische Fortschritt der hier offenbart wird, deutet deshalb auf eine neue Bedrohung mit hohem Eskalationspotenzial hin: schnellere, kleinere und vor allem zahlreichere Drohnen mit grösserer Reichweite.

Deutschland

Ausbau der Heimatreserve

Unter dem Slogan «Dein Jahr für Deutschland» baut die Bundeswehr ihre Heimatreserve um. Dabei geht es darum, dass Freiwillige sieben Monate militärischen Drill im Austausch für fünf Monate Dienst über einen Zeitraum von sechs Jahren verteilt

erhalten. Bereits meldeten sich etwa zehnmal mehr Bewerberinnen und Bewerber (Alterslimite 17 bis 60 Jahre) für die auf 1000 Plätze limitierten Grundausbildungslehrgänge. 2500 wurden zu einem Beratungsgespräch eingeladen, etwa 1250 reichten ihre Bewerbung (notabene online) ein, davon knapp 16% Frauen. Ausbildungsstart ist

im Frühjahr, Sommer und Herbst. Dafür gibt es 1400 Euro netto. Nach erfolgreicher Absolvierung werden die Soldaten ordentlich als Reservisten «dem Bund» zugeteilt. Ihre Aufgaben: Landes- und Bündnisverteidigung (aber kein Auslandseinsatz), militärische Hilfe bei Katastrophen und zuerst: der Einsatz beim laufenden Covid-19-Impfpro-

gramm. Denn seit dem Ausbruch der Pandemie braucht Deutschland seine Soldaten vor allem auch im eigenen Land, bis vor wenigen Monaten eigentlich noch undenkbar. Der freiwillige Wehrdienst Heimatschutz (FWD) wird bis 2025 auch strukturell in die Bestände der Bundeswehr eingebracht. Bis dahin entstehen fünf Heimatschutzregimen-

Bild: Bundeswehr



Werbung für den FDW.

ter, «die im Verbund den Kern der territorialen Reserve darstellen und die regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien führen», so der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard Zorn. Ihm geht es dabei weniger um Seuchenbekämpfung als vielmehr um den Schutz verteidigungswichtiger Infrastruktur, wie er mit Blick auf hybride Kriegsszenarien in seinem Tagesbefehl zum Start des ersten FWD-Lehrgangs anfangs April feststellte.

Australien

Typschiff der neuen Supply-Klasse in Dienst gestellt

Am 10. April wurde das australische Versorgungsschiff «HMAS Supply» der neuen Supply-Klasse in Dienst gestellt. Zwei Schiffe der Supply-Klasse werden von der spanischen Werft Navantia für die Royal Australian Navy gebaut. Diese Klasse basiert auf dem Design der Cantabria-Klasse der spanischen Marine.

Die Schiffe sollen Treibstoff, Trockenladung, Wasser, Lebensmittel, Munition, Ausrüstung und Ersatzteile transportieren, um die eingesetzten Marine- oder Kampftruppen, die weit entfernt vom Hafen auf hoher See für län-

gere Zeit operieren, zu unterstützen. Neben dem Nachschub können die Schiffe zur Bekämpfung von Umweltschmutzung auf See, zur logistischen Unterstützung der Streitkräfte und zur humanitären Hilfe eingesetzt werden.

Die HMAS Supply weist eine Verdrängung von 19 500 Tonnen auf, eine Länge von 173,9 Meter, eine Reichweite von 11 000 Kilometer bei 13 Knoten sowie eine Höchstgeschwindigkeit von 20 Knoten. Zum Vergleich: Der deutsche Einsatzgruppenversorger Berlin besitzt eine Verdrängung von 20 200 Tonnen, eine Länge von 174 Meter, eine Reichweite von 7400 km bei 18 Knoten sowie eine Höchstgeschwindigkeit von über 20 Knoten.



HMAS Supply.

Bild: Royal Australian Navy

China

Persönliche Blamage für Xi

Die EU-Kommission legt die Ratifizierung des bereits unterzeichneten Investitionsabkommens auf Eis. Der Vizepräsident der EU-Kommission, Valdis Dombrovskis, hatte angekündigt, dass seine Behörde die Bemühungen um eine Ratifizierung des Ende vergangenen Jahres ausgehandelten Investitionsschutzabkommens vorläufig ausgesetzt habe.

Er verwies in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AFP dabei auf die Spannungen im beiderseitigen Verhältnis und gegenseitige Sanktionen. Der Streit zwischen der EU und China war im März eskaliert. Die EU hatte damals Sanktionen gegen vier Partei- und Regionalvertreter der Pro-

vinz Xinjiang wegen des Vorgehens gegen die muslimische Minderheit der Uiguren verhängt. Als Reaktion auf die EU-Sanktionen verhängte Peking seinerseits Strafmassnahmen gegen EU-Politiker und Wissenschaftler.

Der Ratifizierungsstopp sei «auch eine persönliche Blamage» für Präsident Xi, sagte ein China Beobachter des deutschen MERICS Institut. Xi habe Europa vergangenes Jahr «zur Chefsache erklärt». Nun erreiche er seine Ziele trotz massiver Hilfe von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nicht. Das Ende 2020 vereinbarte Abkommen unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft wäre ein Meilenstein für die wirtschaftliche Beziehung beider Regionen gewesen.

Südostasien

Mit den USA gegen China

«Schulter an Schulter» ist der Name einer zweiwöchigen Militärübung, die im April 2021 in Südostasien abgehalten wurde. Zwei Wochen lang trainierten Streitkräfte der USA und der Philippinen gemeinsam.

Offiziell geht es um Fähigkeiten, extremistische Kräfte und Terrorgefahren abzuwehren und Folgen von Naturkatastrophen zu bewältigen. Allerdings ist allen Beobachtern klar: Die Signalwirkung solcher Manöver reicht weiter, sie dürften vor allem eine abschreckende Botschaft an Peking sein. Denn die Gewässer westlich der Philippinen sind heftig umstritten, seitdem China weitreichende Ansprüche auf Inseln und Meeresgebiete erhebt.

Wenige Stunden vor Beginn der gemeinsamen Mili-

tärübungen hatte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin mit seinem philippinischen Kollegen Delfin Lorenzana telefoniert. Nach Aussage des Pentagons wurde vor allem die Lage im Südchinesischen Meer diskutiert, speziell die Anhäufung chinesischer Schiffe vor dem Whitsun Reef, einem Gebiet, das innerhalb der sogenannten «Exclusive Economic Zone» der Philippinen liegt.

Laut internationalem Seerecht darf Manila in dieser 200-Meilen-Zone die alleinige ökonomische Nutzung beanspruchen. Doch im März sammelten sich dort viele chinesische Schiffe. Washington und Manila stufen sie als «Militia Vessels» ein, das sind mutmasslich bewaffnete Fischerboote, die als schlagkräftige Marine-Milizen die Schiffe der Nachbarländer einschüchtern sollen. Die Volksrepublik widerspricht dieser Interpretation vehement, angeblich wa-

ren das nur Fischer, die Schutz vor schlechtem Wetter suchen.

Es ist dies der jüngste Vorfall in einer ganzen Serie von Konfrontationen, die auf den Philippinen Ängste vor einer ausgreifenden chinesischen Militärmacht schüren. Mit den gemeinsamen Übungen demonstrieren Manila und Washington nun, dass sie ihre Zusammenarbeit wieder verstärken wollen. Vergangenes Jahr war das Manöver wegen der Corona-Pandemie ganz ausgefallen. In diesem Jahr sollen immerhin 1700 Soldaten gemeinsam üben, früher waren es noch bis zu 7600, wie der philippinische General Cirilito Sobejana erklärte.

Für die USA ist dieser Moment eine willkommene Gelegenheit, die stark belasteten Beziehungen zu Präsident Rodrigo Duterte zu verbessern, der nach seinem Amtsantritt einen verwirrenden Schlingerkurs in den aussenpolitischen Beziehungen einschlug. Dass



Chinesische «Fischerboote». Bild: National Task Force-West Philippine Sea

die USA den philippinischen Staatschef hart für seinen sogenannten «Anti-Drogen-Krieg» kritisierten, machte Duterte sehr wütend. Und so beschloss er trotz der Streitigkeiten vor den Küsten, Peking zu umschmeicheln und sich von Washington, dem traditionellen Paten, zu distanzieren.

Der starke Mann in Manila ging schliesslich sogar so weit, ein Abkommen mit den USA zu kündigen, das die Präsenz amerikanischer Truppen in dem Inselstaat regelt. Zwar ist der Pakt noch nicht ausgelaufen,

weil Duterte eine entsprechende Frist noch einmal verlängerte, doch er taktiert, fordert mehr Geld aus Washington, um das Abkommen wiederaufleben zu lassen. Verteidigungsminister Lorenzana sicherte dem amerikanischen Amtskollegen immerhin zu, dass er mit Duterte reden wolle. Doch mit den letzten Expeditionen Chinas ins philippinische Seegebiet scheint sich das Blatt zu wenden.

Der Konflikt zwischen Peking und Manila wird auch von jenen Staaten genau ver-

folgt, die in ähnlich gelagerte Streitigkeiten mit der Volksrepublik um maritime Ansprüche verwickelt sind, etwa Malaysia, Brunei und vor allem Vietnam. Einst führte Hanoi Krieg gegen die USA, nun aber setzt die kommunistische Führung auf eine militärische Kooperation mit Washington, weil es Chinas Vorstösse auf dem Meer fürchtet.

Den Philippinen kommt in diesen Konflikten eine Art Vorreiterrolle zu, weil es die bisher einzige Nation ist, die es wagte, wegen der rivalisierenden Ansprüche die internationale Justiz anzurufen. Als der frühere Staatschef in Manila, Benigno Aquino, beschloss, die Streitigkeiten auf dem Meer vor den Ständigen Schiedshof in Den Haag zu bringen, reagierte Peking extrem verärgert. 2016 kam der Schiedshof schliesslich zu dem Schluss, dass es für Chinas Ansprüche, die Peking historisch begründet, keine rechtliche Grundlage gebe.

Nordkorea

Warnung an Biden

Nordkorea hat Biden wegen dessen Warnung vor dem Kernwaffenprogramm des Landes mit Konsequenzen gedroht. Der US-Präsident hatte Nordkorea als «ernste Bedrohung» für die Sicherheit der USA und der Welt bezeichnet.

Nordkorea hat US-Präsident Joe Biden eine «feindliche» Haltung gegenüber dem Land vorgeworfen. Nachdem Biden vor einigen Tagen im US-Kongress gesagt hatte, seine Regierung werde auf die Bedrohung durch das nordkoreanische Atomprogramm «mit Diplomatie ebenso wie mit strikter Abschreckung» reagieren, sprach Nordkoreas Aussenministerium von einem «groben Fehler» des US-Präsidenten. Bidens Äusserung zei-

ge, dass er «die feindliche Politik gegenüber der Demokratischen Republik Nordkorea weiter durchsetzen will, wie sie von den USA mehr als ein



Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un. Bild Xinhua

halbes Jahrhundert lang verfolgt wurde», sagte Kwon Jung Gun vom Aussenministerium in Pjöngjang.

Was die USA als Diplomatie bezeichneten, sei in Wahr-

heit nur eine Täuschung, mit der Washingtons «feindliche Akte» vertuscht werden sollten. Die angebliche «Abschreckung» sei nur ein Mittel, um Nordkorea atomar zu bedrohen. Nun, da Bidens Haltung gegenüber Pjöngjang klar zutage getreten sei, «werden wir gezwungen sein, entsprechende Massnahmen durchzusetzen», erklärte der Ministeriumsvertreter.

In einer separaten Erklärung warf das Aussenministerium in Pjöngjang den USA auch vor, die Würde von Machthaber Kim Jong-Un verletzt zu haben. Dabei bezog es sich auf eine Mitteilung des US-Aussenministeriums zur Menschenrechtssituation in Nordkorea vom 28. April. In der Mitteilung anlässlich der «Freiheitswoche für Nordkorea» hiess es unter anderem: «Wir

stehen an der Seite von Millionen Nordkoreanern, deren Würde und Menschenrechte durch einen der repressivsten und totalitärsten Staaten weltweit verletzt werden.»

Bidens Nationaler Sicherheitsberater, Jake Sullivan, reagierte moderat auf die Drohung aus Nordkorea: «Unsere Politik gegenüber Nordkorea zielt nicht auf Feindseligkeit ab, sondern auf Lösungen», sagte Sullivan. Die US-Regierung sei bereit, auf diplomatischem Weg auf das Ziel einer Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel hinarbeiten, und gleichzeitig «praktische Massnahmen» vorzunehmen, die helfen könnten, auf dem Weg zu diesem Ziel Fortschritte zu machen.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider